

2

Bonn, Dienstag 28. Oktober 1969

Sprecher: Amrehn, Barzel, Birrenbach, Blumenfeld, Kiesinger, Lemmer, Strauß, [Wild].

Bericht zur Lage.

Beginn: 11.30 Uhr

Ende: 13.15 Uhr

BERICHT ZUR LAGE

Kiesinger: Meine Damen und Herren! Ich heiße Sie alle herzlich willkommen und danke Ihnen, daß Sie meiner Einladung Folge geleistet haben. Wir sind in einer neuen Situation. Wir befinden uns in der Opposition und selbstverständlich nicht nur in der Opposition hier in diesem Hause, sondern in der Opposition in der vollen Breite der deutschen politischen Wirklichkeit. Das heißt also, es geht bei unseren Überlegungen nicht nur darum, wie wir hier im Bundestag vorgehen, sondern wir ziehen in diese Überlegungen – und müssen es tun – ein den Bundesrat ebenso wie die Länder, die Länderregierungen, die Landtage bis zu den Gemeinden. Wir werden diesen Kampf um die Wiedergewinnung der Regierungsposition nur gewinnen, wenn wir ihn auf all diesen Ebenen führen. Deswegen freue ich mich, daß wir heute – ich glaube, es ist das erstmal, daß wir etwas Derartiges unternehmen – die Führungsgremien der CDU und der CSU mit der Fraktion¹ beisammenhaben. Wir haben ja organisatorisch CDU und CSU in der Fraktion des Bundestages beisammen, während wir außerhalb des Bundestages zwar organisatorisch getrennt sind, aber unsere Politik selbstverständlich kontinuierlich koordinieren.

Ich möchte nicht heute bei dieser Gelegenheit nun dieses ganze riesige Feld künftiger Aktivität darstellen. Dazu werden wir in den kommenden Wochen und Monaten genug zu tun haben. Sie haben eben die Regierungserklärung gehört.² Ich will jetzt noch kein genaues Urteil über sie fällen, aber Sie alle haben sicherlich den Eindruck gehabt, daß es eine Erklärung war, die versucht, allen Vieles zu versprechen, ohne daß dabei deutlich wird, woher zu alledem, was da versprochen wird, die Mittel für jene solide Finanzpolitik genommen werden sollen, die in der Regierungserklärung in Aussicht gestellt worden sind. Hier wäre ganz entschieden für diese Regierungserklärung weniger mehr gewesen. Wir haben alle auf der letzten Seite dieser Regierungserklä-

1 Gemeint ist die „engere Fraktionsführung“ – so Barzel in der anschließenden Sitzung der CDU/CSU-Fraktion, an der auch einige Mitglieder der beiden Parteivorstände teilnahmen (ACDP 08-001-1020/1).

2 Zur Regierungserklärung Willy Brandts vgl. Sten.Ber. 6. WP 5. Sitzung S. 20-34, hier S. 34.

rung eine dreiste Bemerkung vernommen, die besagt – ich muß es noch einmal vorlesen – (*Barzel*: Das ist so unappetitlich, das lesen wir gar nicht.)

Ja doch, das wollen wir schon sehen: „Wir stehen nicht am Ende unserer Demokratie, wir fangen erst richtig an.“ Gut, wir haben diese Geschmack- und Taktlosigkeit, die sich der neue Bundeskanzler nicht versagen konnte, gehört und werden gebührend darauf antworten. Das für mich gravierendste Stück dieser Regierungserklärung ist die Stellungnahme zur Deutschlandpolitik. Es ist gar kein Zweifel, daß hier ein unlösbarer Widerspruch in der Aussage des neuen Bundeskanzlers vorliegt. Man kann nicht im selben Atemzug davon sprechen, daß es zwei deutsche Staaten gebe und dann davon reden, daß sich über das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes nicht verhandeln lasse. Man kann nicht Formeln wählen wie diese, daß eine völkerrechtliche Anerkennung der DDR nicht in Frage komme, obwohl man sie als einen zweiten deutschen Staat bezeichnet, indem man die Formel anwendet, im Verhältnis zueinander seien wir ja nicht Ausland. Ich stelle die Frage, welche Antwort müssen wir dann aus Pankow hören über unseren völkerrechtlichen Status, wenn man sich auf diese Rabulistik einläßt? Hier bedeutet die Versicherung der Kontinuität und der Erneuerung das, was an verschiedenen Stellen zum Ausdruck kommt: Man beruft sich auf Aktionen früherer Regierungen, die Friedensnote der Regierung Erhard³, die Regierungserklärung von Ende 1966⁴ und spricht dann, ohne zu sagen, was das heißen soll, von einer konsequenten Weiterentwicklung. Wie diese konsequente Weiterentwicklung verstanden wird, meine Damen und Herren, das hat Breschnew⁵ zur rechten Zeit gesagt. Ich darf zitieren, was er sagte: „Wir sind uns natürlich bewußt, daß es auf dem Weg zur Gewährleistung der europäischen Sicherheit nicht wenige Hindernisse gibt. Das wichtigste von ihnen ist schon seit vielen Jahren die unrealistische, revanchistische Politik der herrschenden Kreise der westdeutschen Bundesrepublik, die sich mit den politischen Ergebnissen des antifaschistischen Kampfes der Völker während des Zweiten Weltkrieges nicht abfinden wollen, die sich intensiv bewaffnen und von einer Veränderung der Karte Europas träumen. Die neue Regierungskoalition gab eine Reihe von Erklärungen ab, in denen der Wunsch unterstrichen wird, in internationalen Fragen eine realistischere Haltung einzunehmen. Wir möchten glauben, daß das ernst gemeint ist. Die führenden Kreise der Bundesrepublik haben ausreichende Möglichkeit, diese Absichten in die Tat umzusetzen. Es ist unschwer zu begreifen, welche Bedeutung beispielsweise die offizielle Anerkennung der in Europa bestehenden Grenzen einschließlich der Grenze zwischen der Bundesrepublik und der DDR, die Anerken-

3 Note der Regierung der Bundesrepublik Deutschland zur deutschen Friedenspolitik vom 25. März 1966, vgl. DzD IV/12 S. 381–385.

4 Zur Regierungserklärung Kurt Georg Kiesingers am 13. Dezember 1966 im Bundestag vgl. Sten.Ber. 5. WP 80. Sitzung S. 3656–3665.

5 Leonid Iljitsch Breschnew (1906–1982), sowjetischer Politiker; 1964–1982 Erster (seit 1966 General-)Sekretär der KPdSU. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 1087 Anm. 47. – Zur Erklärung Breschnews vom 27. Oktober 1969 vgl. BPA-Nachrichtenspiegel I vom 28. Oktober 1969 S. 2; „Süddeutsche Zeitung“ vom 28. Oktober 1969 „Breschnew spricht von Unterstützung für ‚realistischere‘ Politik Bonns“.

nung des Münchener Abkommens⁶ als von Anfang an ungültig durch die westdeutsche Regierung, ihr Verzicht auf die von der CDU-Regierung widerrechtlich erhobene Alleinvertretungsanmaßung usw. hätten. Derartige Schritte sowie ein Beitritt der Bundesrepublik zum Atomsperrvertrag und ihre Beteiligung an der Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit in Europa gemeinsam mit anderen Staaten würden unbestreitbar einen positiven Beitrag zur Lösung der Probleme bilden, von denen ...“

Meine Damen und Herren! Das ist die alte sowjetrussische Haltung. Wir kennen sie zur Genüge. Aber es ist eine Haltung, die sich ermutigt fühlt durch die bisherigen Äußerungen, die ja schon vor der Regierungserklärung, zu Recht von Dr. Barzel gerügt, abgegeben worden sind und die nun heute in dieser Regierungserklärung ihre Bestätigung gefunden haben. Denn der ganze Teig um diesen einen Kern herum darf uns nicht darüber hinwegtäuschen, daß hier ein ganz entscheidender Schritt vollzogen worden ist. Und so wird das ja auch im Ausland verstanden. State Departement-Sprecher McCloskey wurde am Montag um eine Stellungnahme zu einem Bericht gebeten, daß Bonn die Existenz zweier Deutschlands anerkenne. McCloskey antwortete: „Ich bin nicht völlig auf dem laufenden darüber, was in Bonn erklärt wurde. In der gesamtdeutschen Frage gibt es so viele Klippen und Untiefen, daß ich so lange nicht dazu Stellung nehmen möchte, bis ich besser unterrichtet bin.“⁷ Meine Damen und Herren! Noch in den letzten Tagen, als ich Gelegenheit hatte, die Telegramme unserer Botschaft, vor allem auch unseres Botschafters bei den Vereinten Nationen⁸, zu lesen, kam überall zum Ausdruck die Sorge, die Furcht davor, daß es infolge dieser Erklärungen nun zu einem Erdbeben in der deutschen Frage, d.h. in der Anerkennung der DDR, kommen würde. Sie erinnern sich, daß der neue Außenminister, Herr Scheel, in dem Gespräch der vier Parteivorsitzenden im Fernsehen erklärt hat, daß die FDP nichts dagegen einzuwenden habe, daß die übrigen Staaten Beziehungen zur DDR aufnehmen.⁹ Was bedeutet das? Das bedeutet, daß man bewußt diese Aufnahme von Beziehungen und damit die völkerrechtliche Anerkennung der DDR, gegen die dieser Kanzler eben in seiner Regierungserklärung Stellung genommen hat, provoziert. Es ist

6 Abkommen vom 29. September 1938. Druck: ADAP Serie D (1937–1945) Bd. II: Deutschland und die Tschechoslowakei (1937–1938) Nr. 675 S. 812–814.

7 Robert James McCloskey (1922–1996), amerikanischer Journalist und Diplomat; 1955 Eintritt in das State Department, 1968–1973 Leiter des Office for Press Relations, 1973/74 Botschafter auf Zypern, 1974/75 und 1976–1978 in den Niederlanden, 1978–1981 in Griechenland. – McCloskey (BPA-Nachrichtenspiegel I vom 28. Oktober 1969 S. 3) bezog sich auf die Erklärung von Conrad Ahlers vom 27. Oktober 1969, „die neue SPD/FDP-Regierung geht von einer Existenz zweier deutscher Staaten innerhalb einer deutschen Nation aus“ (dpa vom 27. Oktober 1969).

8 Dr. Alexander Böker (1912–1997), Jurist und Journalist; 1948/49 Tätigkeit im Verwaltungsrat des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, 1949 Tätigkeit im Bundeskanzleramt, Beteiligung am Aufbau des Auswärtigen Amtes, 1956–1958 Leiter des Westeuropa-Referats, 1958–1963 Politischer Direktor im NATO-Generalsekretariat in Paris, 1968–1971 Botschafter bei den Vereinten Nationen, 1971–1977 beim Hl. Stuhl. – Zum Bericht Bökers über sein Gespräch mit dem rumänischen Außenminister Mircea Malitza vgl. AAPD 1969 Nr. 327.

9 Scheel hatte sich im Verlauf des Wahlkampfes verschiedentlich in diesem Sinne geäußert, vgl. Interview mit „Bild“ am 17. September 1969.

dann gar nicht mehr nötig, daß wir dazu irgend etwas sagen, wenn die übrige Welt erst einmal die DDR anerkannt hat, indem allgemein jene Beziehungen aufgenommen worden sind, von denen Herr Scheel spricht. Wir werden die Herren in der Debatte auf diesen Punkt sehr genau hin fragen müssen.

Ich will nicht zu den vielen Erklärungen, Versprechungen, vagen Inaussichtstellungen im Augenblick Stellung nehmen. Es ist ja in Aussicht gestellt worden eine Reihe von Berichten, in denen man dann genauer erfahren wird – ich glaube, ein halbes Dutzend sind es –, was diese Regierung wolle. Meine Damen und Herren! Es war die Rede in dieser Regierungserklärung – auch eine dieser schönen Rosinen, ich habe sie jetzt nicht wörtlich da –, wo der neue Bundeskanzler sagt, das deutsche Volk habe durch seine [Entscheidung] – offenbar ist die Wahlentscheidung gemeint – die Fähigkeit zum Wandel bewiesen, und dadurch sei das Vertrauen in das deutsche Volk in der Welt gestärkt worden. Meine Damen und Herren! Das Ergebnis dieser Wahlen – ich sage es in dieser Kreise, denn ich finde nicht, daß es viel Sinn hat, das immer und immer wieder in der Öffentlichkeit zu wiederholen – hat keinerlei Wandel in der politischen Willensrichtung des deutschen Volkes erwiesen, sondern das deutsche Volk hat noch einmal eindrucksvoll die CDU und die CSU als die stärkste und gewichtigste politische Kraft in der Bundesrepublik bestätigt. Was sich geändert hat, ist der politische Wille der in den Wahlen jämmerlich geschlagenen FDP, die nach links abgewandert ist. Das ist das, was sich vollzogen hat. Theoretisch hätte dies geschehen können seit dem Jahre 1961, denn seit jenem Jahr hatten wir eine Mehrheit der SPD und der FDP, im Jahre 1961 sogar größer als heute. Wir hatten sie auch im Jahre 1965. Und als ich hier die Verhandlungen über die Regierungsbildung im Jahre 1966 zusammen mit einem Kreis von Freunden aus der Fraktion zu führen hatte, ging ja der Kampf damals schon darum, ob nicht dieselbe Koalition, die sich jetzt gebildet hat, hergestellt würde. Die FDP hat damals auf das entschiedenste eine solche Koalition angestrebt, ein Koalitionsangebot an die SPD gemacht, und in der SPD gab es starke Kräfte, voran auch der jetzige Bundeskanzler, die eine solche Koalition mit der FDP wollten. Das ist die Lage. Das muß man sagen zu dieser dreisten Behauptung über die Fähigkeit des Wandels im deutschen Volk, die uns nun Vertrauen im Ausland eingetragen habe.

Aber, meine Damen und Herren, ich halte nichts davon, daß wir uns etwa in dieser Debatte groß auf diese Dinge einlassen. Wir wollen diese Debatte souverän, gelassen führen, so daß man im Volk den Eindruck bekommt, daß wir das, was uns zugefallen ist, akzeptieren als eine neue Aufgabe, eine neue Verantwortung, und deswegen wird man jedenfalls von mir in dieser Debatte nichts hören etwa über Verfälschung des Wählerwillens und derartige Dinge. Nur das allerdings muß man zurückweisen, was in einer solchen Behauptung – ich sage, es ist eine dreiste Behauptung – als Beginn einer historischen Legendenbildung versucht worden ist. Die Regierungserklärung selber wird uns reichlich Gelegenheit geben, unsere Stellung zu beziehen. Sie, diese Regierungserklärung, ist ja Gegenstand der Aussprache in diesem Hause.

Nun fanden wir es gut, daß wir uns vor einem so wichtigen Ereignis, nicht nur in diesem Hause, im Parlament, sondern für die zukünftige Entwicklung der Dinge in unserem Land, nicht nur innerhalb der Fraktion treffen sollten, sondern zusammen

mit der Fraktion und den Führungsgremien der CDU und der CSU. Wir haben in der Fraktion schon sehr eingehend diskutiert¹⁰ über die Art und Weise der Stellungnahme, über die Methode der oppositionellen Antwort, die wir zu geben haben. Wir sind übereingekommen, daß der Reigen eröffnet wird durch den Fraktionsvorsitzenden, daß eine Reihe von Fraktionskollegen zu bestimmten Themen sich bereithalten. Davon wird der eine zu Wort kommen, der andere möglicherweise nicht, und daß auch die beiden Vorsitzenden der CDU und der CSU in dieser Debatte das Wort nehmen. Ich glaube – ich habe noch nicht Gelegenheit gehabt, mit dem Vorsitzenden der CSU zu sprechen –, wir werden sicher außer ein paar allgemeinen Bemerkungen eine gewisse Arbeitsteilung wohl vornehmen, daß wir nicht über alle Gebiete beide sprechen. Ich nehme an, daß Du [Strauß] wahrscheinlich bei allem diese wirtschafts- und finanzpolitischen Dinge behandeln wirst, und ich werde mich stärker auf das außenpolitische Gebiet einlassen. Aber darüber können wir ja noch sprechen.

Meine Damen und Herren! Der Sinn dieser Zusammenkunft soll es sein, daß wir uns nun, abgesehen von dem, was in den nächsten Tagen hier im Parlament geschieht, auch ruhig einmal ein bißchen darüber aussprechen, wie nimmt sich das, was hier angekündigt worden ist, aus gegenüber der Politik der Länder, in den Ländern, also der eigentlichen Landespolitik – dazu ist ja einiges Interessantes gesagt worden – und zweitens, wie nimmt es sich aus gegenüber der Politik der Länder, soweit sie bundespolitische Bedeutung hat, also der Politik der Länder im Bundesrat. Ich bin nicht der Meinung, daß wir nun versuchen sollten, über den Bundesrat alles und jedes, was in diesem Hause gegen uns entschieden wird, zu blockieren. Aber allerdings der Meinung bin ich als Vorsitzender der CDU, und ich hoffe, daß auch der Vorsitzende der CSU mir recht gibt, daß, wenn es um ganz entscheidende Dinge, für uns entscheidende Dinge geht, nunmehr der Bundesrat eine politische Rolle zu spielen hat, die er eben im Laufe der vergangenen Jahre, so wie die Dinge lagen, nicht spielen konnte. Das alles hoffe ich – ich kenne auch die Schwierigkeiten natürlich, ich war ja lange genug Ministerpräsident – können wir in freundschaftlichem und kameradschaftlichem Zusammenspiel in den kommenden Monaten miteinander zuwege bringen. Ich will, da wir hier am 9. November Kommunalwahlen¹¹ haben, nur folgendes sagen: Wir alle wissen, wie es in der Bundesrepublik hier aussieht, und zwar sowohl für die CDU wie auch für die CSU. Wir haben hier Positionen verloren, und zwar im Laufe der Jahre verloren, die sehr schwer wieder zu gewinnen sind, die wir aber gewinnen müssen, denn ohne diesen Unterbau werden wir auf die Dauer uns nicht die Hoffnung machen können, daß wir auch bei den Bundestagswahlen die Mehrheit bekommen. Auf die Dauer wird sich dieser Unterbau, den die SPD vor allem in den Großstädten gewonnen hat, zu unserem Nachteil bemerkbar machen. Und das ist ja auch schon in Wahrheit geschehen. Wir werden also dieser Arbeit ganz besondere Aufmerksamkeit widmen müssen. Und drittens lassen Sie mich noch sagen, daß ich glaube, daß es gegenwärtig viele

10 Vgl. die Sitzungen vom 20., 21. und 22. Oktober 1969 (ACDP 08–001–1020/1)

11 Am 9. November 1969 fanden Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen statt: SPD 46,60 %, CDU 45,26 %, FDP 6,14 %, vgl. AdG 1969 S. 15046.

Leute gibt, die bereit sind, nun, nachdem sie lange CDU gewählt haben, auch noch den anderen Schritt zu tun und Mitglieder zu werden. Ich kenne eine ganze Reihe von Leuten, die gekommen sind und gesagt haben: „So, jetzt trete ich in die CDU ein.“ Ich weiß es nicht, wie es bei der CSU ist. Ihr habt ja, glaube ich, gleich von Anfang an einen bemerkenswerten [Zuwachs] (*Strauß*: Wir haben schon 2.000 neue Mitglieder.) – 2.000 neue Mitglieder schon. Also, so ist es auch hier. Wir sollten diesen Aufwind nützen, damit wir eine breitere Grundlage auch in den Mitgliedern für den kommenden Kampf haben.

Es ist in dieser Regierungserklärung, meine Damen und Herren, eine Stelle, die sehr deutlich hat aufscheinen lassen, wie sich die neue Regierung, der neue Bundeskanzler die Entwicklung denkt. An der Stelle, wo er über den Sport spricht, hat er angeleuchtet, die kommenden Olympischen Spiele¹² würden die Gelegenheit geben, der Welt das moderne Deutschland zu zeigen. Und wir sollten diese Bemerkung ernst nehmen, denn auf diesen Olympischen Spielen wird ein aus der Sozialdemokratie stammender Bundespräsident, ein der Sozialdemokratie angehöriger Bundeskanzler und ein der Sozialdemokratie angehöriger Münchener Oberbürgermeister¹³ sein, und es wird für den bayerischen Ministerpräsidenten¹⁴ keine leichte Aufgabe sein, dabei uns – und ich sage hier uns beide – mitzurepräsentieren. Diese Spekulation auf einen gewissen Höhepunkt, der dann kommen soll und mit dem man sich vielleicht noch andere politische Möglichkeiten ausrechnet, ist als Hinweis für uns wichtig. Wenn man sagt in diesem Lande, daß wir als Opposition den Willen haben, so rasch wie möglich die Dinge wieder zu ändern, dann liest man gelegentlich, wir seien schlechte Verlierer.

Meine Damen und Herren! Lassen wir uns doch um Himmels willen durch derartige Phrasen nicht beeindrucken. Wenn ein Fußballverein ein Spiel verloren hat, dann ist er ein schlechter Verlierer, wenn er hinterher schimpft oder wenn er gar eine Prügelei anfängt. Aber er ist ganz gewiß kein schlechter Verlierer, wenn er sagt: „Gut, ihr habt für dieses Mal gewonnen; das nächste Mal wollen wir versuchen, die Dinge zu ändern.“ Und das wird ja auch unser fester Entschluß sein. Wie wir das machen und wie wir das fertigbringen können, das wird noch manche Überlegung kosten. Hier wird die Achillesferse dieser Koalition natürlich die FDP sein und die letztliche Unmöglichkeit dieser beiden nun politisch verbündeten Parteien, auf weiten Gebieten, insbesondere der Gesellschaftspolitik, aber vielleicht auch auf anderen Gebieten, eine gemeinsame Politik zu machen. Und hier werden wir hineinstechen müssen und versuchen, diese Koalition, die ohnehin eine sehr schmale Basis hat¹⁵, zu schwächen. So sollten

12 Die olympischen Sommerspiele fanden vom 26. August bis 11. September 1972 in München statt.

13 Dr. Hans-Jochen Vogel (geb. 1926), Jurist; 1950 SPD, 1960–1972 Oberbürgermeister von München. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 856 Anm. 15.

14 Alfons Goppel (1905–1991), Jurist; 1965–1978 MdL Bayern (CSU), 1962–1978 Ministerpräsident. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 240 Anm. 75.

15 In der 6. WP hatte die SPD 237 und die FDP 31 Sitze im Bundestag, die CDU/CSU verfügte über 250 Sitze. Vgl. DATENHANDBUCH 1 S. 903.

wir in diese kommenden Monate hineingehen. Ich bin durchaus Ihrer Meinung, Herr Amrehn, wir sollten uns keineswegs von vornherein resignierend damit abfinden, daß das vier Jahre dauert. Es ist gar nicht nötig, daß wir das verkünden, daß wir das hinausposaunen, sondern unser Handeln muß eben so sein, daß wir die Möglichkeit herbeiführen, daß diese Koalition, die tatsächlich ausklammern muß – die Regierungserklärung hat es ja gezeigt –, wenn sie zusammenhalten will, vage Versprechungen nicht konkretisieren kann, wenn es zum Schwure kommt, um dieser Koalition das Leben eben so schwer wie nur möglich zu machen. Vier Jahre lang mit dieser Methode nur neutrale Dinge zu treiben, zu denen jeder ja sagen muß, das kann man nicht machen. Es hat da ein Vertreter der Koalition mir gesagt: „Es wird eine Allparteien-Koalition geben. So wird das Programm aussehen.“ Ich sagte ihm: „Das ist also eure Vorstellung. Eine Allparteien-Koalition, bei der ihr uns die Rolle der Opposition zumutet. Glaubt ja nicht, daß wir uns auf dieses Spiel einlassen werden.“ Aber das wird das Spiel sein. Das deutet die Regierungserklärung ja auch deutlich an.

Ich sehe also die Gefahr nicht so sehr in einzelnen angekündigten programmatischen Dingen, da steckt sicher auch einiges Bedenkliche drin, lieber Herr Wild¹⁶. Die Forderungen des Handwerks, ja, da wird ganz freundlich von dieser neuen Koalition Stellung genommen. Wir sollten aber sehr vorsichtig sein und uns fragen, was davon verwirklicht werden wird und was nicht. Man wird beschwichtigen – das hat sich gezeigt in den Erklärungen des Bundeskanzlers – nach allen Seiten, und die SPD wird wahrscheinlich, vielleicht im Zusammenhang mit diesen Olympischen Spielen in München, sich eine Möglichkeit ausrechnen, eines Tages aus eigener Kraft die Politik zu machen, die man eben bei der Sozialdemokratie, und ja nicht zu vergessen bei den Gewerkschaften, die ja in ihr drin stecken, machen will. Und darum lassen wir uns also bitte nicht irreführen. Wir werden bestimmt zu dem ja sagen, zu dem man ja sagen muß, aber wir werden nicht nachlassen in dem Versuch, die anderen dazu zu bringen, konkret und immer konkreter zu werden in ihren Aussagen. Das für die kommende Arbeit.

Wir werden hier in Bonn uns natürlich sehr viel deutlicher darstellen müssen als Opposition, als das bisher geschehen ist, d. h. nicht nur im Bundeshaus. Deswegen hat die CDU beschlossen, nun ihr Parteigebäude – wir haben ja seit langem einen guten Platz hier in der Nähe – so rasch wie möglich, und zwar mit modernen, raschen Baumethoden zu errichten, so daß wir hier ein Hauptquartier haben.¹⁷ Ich habe vor, mit dem Vorsitzenden der CSU darüber zu sprechen, ob wir dies nicht gemeinsam tun können, so daß wir beide unter einem Dache untergebracht sind. Ich hielt das für angemessen. Meine Damen und Herren, wir brauchen diese Zentrale, die wir ja in der Vergangenheit in diesem Winkel in der Nassestraße gehabt haben – schon baulich repräsentativ völlig ungenügend –, wir brauchen sie nun, und wir brauchen sie rasch,

16 Joseph Wild (1901–1993), Bäcker; 1955–1973 Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks, 1956–1979 Mitglied des Bayerischen Senats (CSU).

17 Die Parteizentrale der CDU, das Konrad-Adenauer-Haus an der Friedrich-Ebert-Allee in Bonn, wurde am 27. Januar 1973 eingeweiht. Vgl. KLEINMANN S. 261. Vgl. auch Nr. 32 Anm. 61.

nicht erst nach zwei oder drei Jahren. Es gibt ja moderne Fertigungen, davon ist sogar in der Regierungserklärung – wie Sie gehört haben – im Zusammenhang mit dem Hochschulbau die Rede, die es uns erlauben, einen solchen Bau früher als einen konventionellen herzustellen. Und ich hoffe, daß dann diese Zentrale eine Stätte der Begegnung sein wird für all die Kräfte der CDU und der CSU, die diesen bundesweiten Kampf um die Wiedergewinnung der Regierungsposition in der Bundesrepublik führen, aber auch für die Gewinnung von Positionen in den Ländern. Wir haben fünf Landtagswahlen im kommenden Jahr¹⁸, und unser Entschluß muß sein, mit der äußersten Energie dafür zu kämpfen, daß wir bei diesen Landtagswahlen besser abschneiden – ich will es bescheiden formulieren – als bei den letzten. Und wenn dabei das Ergebnis herauskommt – in Bayern sind sie ja schon seit geraumer Zeit soweit –, daß dann die Partei, die diesen Amoklauf begonnen hat, die FDP, aus den einzelnen Landtagen verschwindet, dann wird das hier in Bonn uns natürlich ganz erheblich helfen, weil es viele Leute, die heute noch der FDP anhängen, nachdenklich machen wird. Dies, meine Damen und Herren, ist der Rahmen, den ich setzen wollte. Aber das soll keineswegs eine Beschränkung für Sie selbst sein, für unsere Aussprache hier, und ich möchte Sie bitten, daß wir uns gemeinsam vornehmen, von Zeit zu Zeit in derselben Weise zusammenzukommen – das kann auch einmal ruhig in München geschehen, das braucht nicht immer in Bonn zu sein –, um uns über unsere Situation und das, was wir gemeinsam tun wollen, klar zu werden. Meine Losung heißt, in der neuen Position, in der Opposition, kraftvoll, souverän, mit dem Willen, so rasch wie möglich die Regierungsposition wiederzugewinnen, zu arbeiten. (*Beifall.*)

Strauß: Sehr verehrter, lieber Parteifreund Kiesinger! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst darf ich für die Anregung danken, eine gemeinsame Sitzung hier in Bonn durchzuführen, und für die am Schluß gegebene Anregung, diese Sitzungen fortzusetzen. Ich glaube, daß ich ohne weitere Konsultation legitimiert bin zu sagen, daß die CSU selbstverständlich damit einverstanden ist und gleich mit dem Vorsitzenden der CDU in den nächsten Tagen einen Termin ausmachen will, wann wir uns abwechselnd dann treffen, und zwar das nächste Mal in München. Wir laden Sie sehr gerne dazu ein, und ich glaube, daß es in München auch eine Atmosphäre gibt, die der gemeinsamen Arbeit während unserer Sitzung und nach der Sitzung förderlich sein kann.

Ich darf zu den Themen, die hier anstehen, einige Bemerkungen machen: Der Unterschied zwischen der CDU und der CSU auf der einen Seite und der SPD auf der anderen Seite – das hat sich in dieser Regierungserklärung wieder ganz genau gezeigt – liegt darin, daß wir uns in der Vergangenheit nicht unter Aufgebot aller Kräfte – das

18 Es fanden 1970 sechs Landtagswahlen statt: in Hamburg am 22. März (SPD 55,3 %, CDU 32,8 %, FDP 7,1 %, NPD 2,7 %); in Niedersachsen (SPD 46,3 %, CDU 45,7 %, FDP 4,4 %, NPD 3,2 %), Nordrhein-Westfalen (CDU 46,3 %, SPD 46,1 %, FDP 5,5 %) und dem Saarland (CDU 47,8 %, SPD 40,8 %, FDP 4,4 %, NPD 3,4 %) am 14. Juni; in Hessen am 8. November (SPD 45,6 %, CDU 39,7 %, FDP 10,1 %, NPD 3 %); in Bayern am 22. November (CSU 56,4 %, SPD 33,3 %, FDP 5,6 %). Zur Landtagswahl in Niedersachsen vgl. ZICK S. 150–154.

muß ich sagen – bemüht haben, gegen zahlreiche Widerstände unsere Politik der Öffentlichkeit verständlich zu machen. Also nicht mit Aufgebot aller Kräfte gegen zahlreiche Widerstände, siehe die Einheitsfront der Massenmedien mit verschwindenden Ausnahmen, uns bemüht haben, immerhin mit einem gewissen beträchtlichen Erfolg unsere Politik der Öffentlichkeit verständlich zu machen bis in unsere letzten Zielsetzungen hinein. Die Strategie der SPD besteht darin, unter Aufgebot von mehr Kräften [zu agieren], als wir im allgemeinen zur Verfügung stellen, denn daß sie fleißiger sind als wir, kann man im Durchschnitt gesehen nicht bestreiten. Das trifft nicht den Einzelnen, aber das trifft viele, daß hier [die SPD] unter Aufgebot von mehr Kräften mit Unterstützung der massenwirksamen Kräfte, Massenmedien und vor allen Dingen Deutscher Gewerkschaftsbund, der noch nie so schamlos in den Wahlkampf zugunsten der SPD eingegriffen hat wie diesmal, einschließlich der Postgewerkschaft usw. – ich habe die Flugblätter ja in der Hand gehabt – sich mit einem erstaunlichen Erfolg bemüht, ihre Politik vor der Öffentlichkeit zu verschleiern. Das ist für mich der Hauptunterschied in der Strategie und in der Taktik zwischen CDU/CSU und SPD. Wir erreichen es kaum, unsere Politik verständlich zu machen. Sie ist eine Politik der Vernunft, der sauberen Grundsätze, der klaren Zielorientierungen, und die Politik der SPD besteht darin, mit all dem Geschwätz von Kontinuität und der Beschwörung des Erbes sogar von Konrad Adenauer¹⁹ und seines „Freundes“ Schumacher²⁰, von Theodor Heuss²¹ – den Erhard²² und den Kurt Georg Kiesinger haben sie vergessen – und der Beschwörung der Kontinuität der Friedensnoten und früherer Kanzlerreden und Regierungserklärungen ganz andere Ziele anzustreben, als wir bisher angestrebt haben und auch in Zukunft anstreben dürfen und würden. Das ist das infame Spiel, das auch bei dieser Regierungserklärung betrieben wird. Man muß Brandt sagen, wenn er heute den Zwischenruf machte „Alles muß gelernt sein“ – er meinte das Zuhören und in der Opposition zuhören, Regierungserklärungen zuhören –, alles muß gelernt sein, nämlich auch, sich in der Phrase der perfekten Unverbindlichkeit so auszudrücken, daß man jedermann etwas gibt und trotzdem jedermann täuscht. Das ist nämlich in dieser Regierungserklärung – wenn ich es hier in unserem freundschaftlichen Kreise sage – unverkennbar zum Ausdruck gekommen.

Für uns besteht kein Grund, etwa aufgrund des Wahlergebnisses in Sack und Asche zu gehen, wie es da oder dort begonnen hat. Und es besteht deshalb auch kein Grund,

19 Konrad Adenauer (1876–1967), Jurist; 1949–1963 Bundeskanzler, 1949–1967 MdB. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 1 Anm. 2; Günter BUCHSTAB: Wege der Adenauer-Forschung. In: Ulrich SCHLIE (Hg.): Horst Osterheld und seine Zeit (1919–1998). Wien/Köln 2006 S. 63–79; DERS.: Wertgrundlagen und Politikverständnis. In: Erik GIESEKING u. a. (Hg.): Zum Ideologieproblem in der Geschichte. Herbert Hömig zum 65. Geburtstag (Subsidia Academica Reihe A Bd. 8), Lauf a. d. Pegnitz 2006 S. 279–294.

20 Dr. Kurt Schumacher (1895–1952), Redakteur; 1946–1952 Vorsitzender der SPD, 1949–1952 MdB. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 653 Anm. 92.

21 Theodor Heuss (1884–1963), Journalist; 1949–1959 Bundespräsident. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 1343 Anm. 3.

22 Dr. Ludwig Erhard (1897–1977), Honorarprofessor; 1963–1966 Bundeskanzler, 1966/67 Bundesvorsitzender der CDU. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 1 Anm. 1.

in eine Bilderstürmerei zu verfallen und mit der Machete durch die Parteien zu sausen, um bloß noch Köpfe rollen zu lassen. Aber es besteht auch kein Grund, so zu tun, als ob alles in Ordnung wäre bei uns. Die drei Dinge muß man zusammennehmen, dann stimmt es wieder. Wenn man einen oder zwei von den Punkten allein nimmt, dann wäre es falsch. Dazu gehört auch eine Frage, bei der wir schon in Zukunft uns sehr unsere Diktion überlegen müssen, nämlich die Herabsetzung des aktiven und passiven Wahlalters. Ich habe es seinerzeit – bitte nehmen Sie es mir nicht übel, aber wir sind ja hier in einer sehr offenen gegenseitigen Aussprache – sehr bedauert, daß die CDU sich auf 18 statt 21 Jahre festgelegt hat. Ich glaube, daß wir in Bayern trotz unserer Rückständigkeit, oder gerade wegen unserer Rückständigkeit, werden manche sagen, keinen einzigen Wähler verloren haben, weil wir nach einer Aussprache in unserer Programmkommission, ohne uns anderweitig festzulegen, uns auf dieses heiße Eisen nicht eingelassen haben. Denn für uns hängt die Frage, ob wir bei einer kommenden Wahlentscheidung noch die Mehrheit erringen können – angenommen es kommen Bundestagswahlen vor Ablauf der vier Jahre oder nach den vier Jahren – davon ab, daß wir die sieben Jahrgänge, um die es geht, davon überzeugen, daß wir die bessere, die modernere, die wirksamere, die fortschrittlichere Partei sind. Und wenn wir hier zu der Auffassung kommen, daß wir dieses Wahlrecht nicht ändern können, dann müssen wir eine gemeinsame Sprachregelung dafür finden und sollten uns nicht durch früher einmal eingegangene programmatische Festlegungen davon abhalten lassen, das zu tun, was wir in der Sache für notwendig halten. Denn da liegt ein ganz gefährlicher Punkt drin. Wenn Brandt heute bestätigt hat, daß die neue Kombination die Fähigkeit des deutschen Volkes zum Wandel bewiesen hat, dann hat er das deutsche Volk mit der FDP identifiziert, denn das Wahlergebnis hat nicht die Fähigkeit des deutschen Volkes oder gar etwa seinen bewußten Willen zu einem Wandel der politischen Verhältnisse gezeigt, nein, im Gegenteil – und damit komme ich zu meiner ersten Bemerkung zurück –, ein großer Teil der SPD-Wähler hat weder diesen Kanzler gewollt, noch die Politik, die er mit Hilfe des Herrn Bahr²³ vor allen Dingen auf außen-, deutschland- und ostpolitischem Gebiet vor hat. Die Regierungserklärung setzt sich ja aus mehreren Komponenten zusammen. Der allgemeine Schmus stammt von Ahlers²⁴. Dann gibt es eine Abteilung, die nennt sich Bahr. Dann gibt es eine Abteilung, die nennt sich Bauer²⁵, das ist der frühere KP-Abgeordnete gewesen, dann Leiter des Deutschlandsenders drüben in der Zone. Und der Schlußteil schließlich

23 Egon Bahr (geb. 1922), Journalist, 1967–1969 Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt (SPD), 1969–1972 Staatssekretär im Bundeskanzleramt und Bundesbevollmächtigter für Berlin. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 358 Anm. 27; Daniela MÜNDEL (Hg.): Deutschland im Blick. Egon Bahr zum 85. Geburtstag. Berlin 2007.

24 Conrad Ahlers (1922–1980), Journalist; 1969–1972 Staatssekretär und Leiter des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 673 Anm. 28.

25 Leo Bauer (1912–1972), Journalist; 1932 KPD, 1933–1945 Emigration, 1946–1949 MdL Hessen (KPD), 1949/50 Leiter des Deutschlandsenders in Ost-Berlin, 1950 Ausschluß aus der SED und Verhaftung, 1952–1955 Deportation und Arbeitslager in der UdSSR, 1955 Rückkehr in die Bundesrepublik, Tätigkeit als freier Journalist, 1968–1972 Chefredakteur der Zeitschrift „Die Neue Gesellschaft“. Vgl. Leo BAUER: Gespräche (mit einem Vorwort von

könnte von Günter Grass²⁶ stammen. Da kommt dann: „Wir sind nicht erwählt, sondern gewählt“, dann so der Seitenhieb „Keine würdige Gespreiztheit“ oder wie es da immer auch heißt, dabei hat aber Brandt heute gesprochen wie ein Selbstgesalbter. Er hätte früher, so vor drei Generationen, damit die Predigerprüfung bestanden in der katholischen Kirche – ich sage vor drei Generationen, also ungefähr ein Jahrhundert vor dem Vatikanum II²⁷. Genauso ist er mir heute erschienen.

Aber nach diesen kritischen und ironischen Bemerkungen, die sich z. T. auch an die eigene Adresse richten, da werden wir noch öfter über das zu reden haben, was bei uns – ich sage nicht bilderstürmerisch wütend – umgeworfen werden muß, sondern was bei uns geändert werden muß, nur noch einige Bemerkungen. Ich werde zu dem, was heute sich abgespielt hat, das verdammte Gefühl nicht los, daß wir heute so einen Hauch der Geschichte zu spüren bekommen haben. Und wer weiß, wenn es uns nicht gelingt, dem einen Widerstand entgegenzusetzen und das zu unterbrechen, ob nicht die 20 Jahre von 1949 bis 1969 als die goldenen fünfziger und sechziger Jahre des 20. Jahrhunderts nach dem Zweiten Weltkrieg in die Erinnerung eingehen werden. Was heute sehr vorsichtig, sehr verhüllt, sehr geschickt in phraseologischen Verpackungen serviert worden ist, das ist der Marsch ins Abenteuer, das ist die Tänzerei in die Traumlandschaft der selbstgebastelten ostpolitischen Illusionen, das ist die Ausführung dessen, was Herr Bahr, der in Zukunft als Oberkanzler neben Ehmke²⁸ operieren wird – wir werden Oberkanzler 1 und Oberkanzler 2 haben und einen Normalkanzler, der als Sprachrohr für das, was die beiden, der eine mehr in der Innen- und der andere in der Außenpolitik, dem deutschen Volke zu verkünden haben –, dann in Wirklichkeit als „his master's voice“ sozusagen dann auszudrücken haben wird. Ich habe Herrn Brandt getroffen neulich im Flughafen in New York²⁹, das wird Kurt Georg Kiesinger interessieren – ich hatte bisher noch keine Gelegenheit, es ihm zu sagen. Ich hatte zufällig vorher einen Zettel gesehen im Capitol in einem Zimmer, so daß ich dann kombinierte – und eine Rückfrage hat das im großen und ganzen bestätigt. Er hat einen Teil der Regierungserklärung, nämlich den von ihm gebastelten Teil, Herrn Kissinger³⁰ vor-

Herbert Wehner). Bonn-Bad Godesberg 1973; Peter BRANDT u. a.: Karrieren eines Außenseiters. Leo Bauer zwischen Kommunismus und Sozialdemokratie 1912–1972. Berlin 1983.

26 Günter Grass (geb. 1927), Schriftsteller. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 654 Anm. 95; Memoiren: Beim Häuten der Zwiebel. Göttingen 2006.

27 Das Zweite Vatikanische Konzil (Vatikanum II) fand vom 11. Oktober 1962 bis zum 8. Dezember 1965 statt. Vgl. LEXIKON S. 671 f.

28 Dr. Horst Ehmke (geb. 1927), Jurist; 1969–1972 Bundesminister für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramts (SPD). Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 836 Anm. 62; Memoiren: Mittendrin. Von der Großen Koalition zur Deutschen Einheit. Berlin 1994.

29 Willy Brandt hielt sich anlässlich der Eröffnung der UN-Vollversammlung vom 21. bis 23. September 1969 in New York auf, vgl. AdG 1969 S. 14931.

30 Dr. Henry Kissinger (geb. 1923), amerikanischer Politiker; 1969–1973 Berater des Präsidenten (National Security Advisor), 1973–1977 Außenminister. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 173 Anm. 16; Holger KLITZING: The Nemesis of Stability. Henry A. Kissinger's Ambivalent Relationship with Germany (Mosaic. Studien und Texte zur amerikanischen Kultur und Geschichte Bd. 30). Trier 2007; Jeremi SURI: Henry Kissinger and the American Century. Cambridge/Mass. 2007.

gelegt, um damit den Segen der Administration Nixon³¹, jedenfalls keinen offenen Widerspruch gegen diese Pläne, zu ernten. Da war er lautlos drüben, und sein Besuch diente ausschließlich dazu, diesen Teil, den materiellen Inhalt – ob schon die letzten Formulierungen dabei waren, weiß ich nicht – aber den materiellen Inhalt dem Herrn Kissinger zu unterbreiten, damit die Administration Nixon nicht gegen bestimmte Teile der Regierungserklärung kühle Skepsis usw. übt, so wie es z. B. von McCloskey schon zum Ausdruck gebracht worden ist.

Es stehen in dieser Regierungserklärung nicht nur glatte Ungereimtheiten drin und Unsinnigkeiten, z. B. das schwere wirtschaftliche Erbe, das die SPD übernommen hat. Ich wollte, daß wir immer ein so schwieriges wirtschaftliches Erbe hätten wie das, was wir jetzt hinterlassen. Ich werde zum Thema Aufwertung mich dazu äußern, denn die eigentlichen Folgen dieser Aufwertung, die hat er ja völlig verschwiegen, also die eigentlichen Folgen für unsere Wirtschaft. Ich habe hier einen ganz einfachen Schlüssel, ohne Nationalist zu sein. Das laute Jubelgeschrei unserer Konkurrenten auf den Weltmärkten, am stärksten in Großbritannien, etwas gelassener in der Wall Street, laut auch in Paris und man darf beinahe sagen mit asiatischer Schlitzäugigkeit und -ohrigkeit in Japan – sie begrüßen die Aufwertung der D-Mark und sehen selbst keinen Grund, den Yen aufzuwerten. Wer weiß, wie die Verhältnisse auf den Weltmärkten zwischen deutschen und japanischen Konkurrenten in den einschlägigen Industrien sind, kann sehen, mit welcher Naivität diese Regierung sich von einem reinen Theoretiker namens Schiller³², dem Obersteuerer und Überbremser, in dieses Dilemma ausweglos hineinschwätzen läßt, und zwar ausweglos; die hatten ja gar keine Wahl mehr, sich anders zu verhalten. Dann kommt die Darstellung – allerdings so zwischen den Zeilen –, daß die finanzielle Lage nicht so günstig sei, wie es von bestimmter Seite – damit war ich gemeint – dargestellt worden sei. Die ist natürlich mit den Zusagen und Verpflichtungen, die die vergangene Regierung eingegangen ist, durchaus zu vereinbaren. Aber mit dem, was jetzt an zusätzlichen Versprechungen sowohl auf der Ausgabenseite wie auf der Einnahmenseite in dieser Regierungserklärung gemacht wird – da ist ja immer wieder ein SPD-Teil drin und ein FDP-Teil –, das eine richtet sich an die Arbeitnehmer, Erhöhung der Freibeträge um das Doppelte, und das andere richtet sich dann an die Mittelschicht, das ist so die Schicht, von der die FDP glaubt, daß sie noch sie wählen würde das nächste Mal, sie muß also hier dann von statt 32.000 auf 64.000 [DM] hinaus. Das kann man immer sehen. Man kann beinahe ausrechnen, wenn man Zeit hätte, was kostet die SPD-Zusage in der Regierungserklärung, was kostet die FDP-Zusage in der Regierungserklärung? Aber all das zusammengenommen ergibt eine schwere finanzielle Bürde, die eines nicht erlauben wird, was eine saubere Finanzpolitik ermöglicht hätte, nämlich sowohl im Jahre 1969 wie im Jahre

31 Richard Nixon (1913–1994), amerikanischer Politiker (Republikanische Partei); 1968–1974 Präsident. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 1007 Anm. 16; Robert DALLEK: Nixon and Kissinger. Partners in Power. New York 2007.

32 Dr. Karl Schiller (1911–1994), Hochschullehrer; 1966–1971 Bundesminister für Wirtschaft, 1971/72 auch für Finanzen (SPD). Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 384 Anm. 13; Torben LÜTJEN: Karl Schiller (1911–1994). „Superminister“ Willy Brandts. Bonn 2007.

1970 ohne Schuldenaufnahme auszukommen. Das ist mit Bestimmtheit nicht möglich, und das muß ihnen auch gesagt werden. Hier wollen wir etwas mehr wissen, als diese höchst dürrtigen Sätze.

Ich habe es als einen besonderen Beitrag zur Toleranz empfunden, von der Brandt am Schluß gesprochen hat, daß in meinem Hause sechs höhere Beamte auf Knall und Fall einfach hinausgeschmissen worden sind. Gut, man kann bei Staatssekretär Hettlage³³ mit Recht der Meinung sein, daß er in Ehren verabschiedet werden muß. Er wäre es auch von mir geworden. Aber daß sich der Minister weigert, diese Beamten zu einer Abschiedsveranstaltung einzuladen und sie würdig und feierlich zu verabschieden und ihnen für die ein Leben lang geleisteten treuen Dienste zu danken, sondern daß er seinen Parlamentarischen Staatssekretär hinschickt, den Reischl³⁴, der es noch einigermaßen menschlich versucht hat, aber trotzdem natürlich die Peinlichkeit der Situation nicht verbergen konnte und denen ihren Hinauswurf übermitteln läßt, das haben alle diese nicht verdient. Bei Hettlage war die Zeit allmählich abgelaufen, da haben wir schon zweimal verlängert. Bei Staatssekretär Grund³⁵ bestand nicht der leiseste Grund, diesen Mann so hinauszuschmeißen, wie es hier geschehen ist. Das ist ein Stück Machtübernahme, das ist ein Stück, wie es im März 1933 damals in den Landesregierungen bei der Gleichschaltung passiert ist. Der Leiter meiner Personalabteilung³⁶ ist genauso behandelt worden. Der allen bekannte und von allen hochgeschätzte Leiter der Haushaltsabteilung, Ministerialdirektor Korff³⁷, ein Mann, den man keiner Partei zurechnen kann – ich habe ihn sogar eher für einen FDP-Wähler als für einen CSU-Wähler zeitweise gehalten –, und der Leiter der Zoll- und Verbrauchssteuer-Abteilung³⁸ und der Leiter der Steuerabteilung³⁹. Sie sind hinausgeschmissen worden, wie es nicht einmal früher im amerikanischen Schichtwechsel, wo man sowieso immer alles radikal ausgewechselt hat, der Methode nach jedenfalls vorgekommen ist. Das ist ein unwürdiger Vorgang. Das bezeichnet genau die Praxis

33 Dr. Karl-Maria Hettlage (1902–1995), Jurist; 1959–1962 und 1967–1969 Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen, 1965–1976 Präsident des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 627 Anm. 53.

34 In der Vorlage: Reichel. – Dr. Gerhard Reischl (1918–1998), Jurist; 1953 SPD, 1961–1972 MdB, 1969–1971 Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen, 1971–1973 MdEP.

35 Walter Grund (1907–1986), Rechtsanwalt; 1963–1969 Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen.

36 Zuständig für Personalfragen war seit 1967 die Abteilung Z (vgl. Anm. 40).

37 Hans Clausen Korff (1905–2000), Ministerialdirektor; 1950 Eintritt in das Bundesministerium der Finanzen, 1950–1957 Leiter des Referats II A 2, 1957/58 Leiter der Unterabteilung VI A, 1958/59 Leiter der Abteilung VI, 1959–23. Oktober 1969 Leiter der Abteilung II.

38 Walter Schädel (1909–1993), Ministerialdirektor; 1950 Eintritt in das Bundesministerium der Finanzen, 1952 Leiter des Referats III B 6, 1959–1965 Leiter des Referats III B 1, 1965–1967 Leiter der Unterabteilung I B, 1967–1969 Leiter der Unterabteilung III B, 3. April–23. Oktober 1969 Leiter der Abteilung III.

39 Dr. Ludwig Falk (1907–1995), Ministerialdirektor; 1951–1956 Leiter der Referate IV 3, IV A 3, IV B 3, IV B 1, 1957–1963 Leiter der Unterabteilung IV B, 1963–23. Oktober 1969 Leiter der Abteilung IV im Bundesministerium der Finanzen.

der Intoleranz der Machtergreifung, mit der sie den Apparat in die Hände zu kriegen bekommen. Ich darf noch einmal sagen, daß von den sechs Beamten, die sie hinausgeschmissen haben, eines schon uraltes Mitglied der CDU ist, das ist der Karl-Maria Hettlage, wie Sie wissen. Einer ist ebenfalls Gründungsmitglied der CDU, das ist der Ministerialdirektor Aegidius von Schoenebeck⁴⁰. Den hätte man in eine andere Abteilung versetzen können, der ist etwa gut fünfzig heute. Die anderen Grund, Korff, Schädel, Falk sind parteipolitisch nicht gebundene, objektive Berufsbeamte, die von mir auch immer so behandelt worden sind. Ich habe sie weder gefragt, welche Partei sie wählen, noch habe ich sie gedrängt, einer Partei beizutreten, und sie haben mir offen und rückhaltlos ihre Meinung gesagt. Wer immer noch im Hause mit Haushalts- oder Finanzfragen zu tun hatte, kennt ja diese Personen alle und wird meine Hochschätzung für sie teilen. Ich habe mich oft über ihre Unbeweglichkeit natürlich geärgert. Ich habe mich oft über ihre Spitzfindigkeit mokiert usw., aber ich habe ihnen immer nicht nur den menschlichen Anstand, sondern vor allen Dingen auch die sachliche Hochachtung erwiesen. Und ich habe deshalb das Ministerium Herrn Möller⁴¹ nicht übergeben. Ich habe mich verabschiedet von meinen Leuten, weil ich diesen Hinauswurf von fünf führenden Beamten plus Staatssekretär Hettlage sowohl in der Form wie im Zeitpunkt für einen ganz klaren Verstoß gegen die Grundsätze der Menschenführung und der inneren Führung der Verwaltung halte. Ich hätte übergeben, selbstverständlich, wenn nicht dieser Hinauswurf einer Reihe von Beamten, von besten Beamten der Bundesverwaltung muß man sagen, erfolgt wäre. So macht man es einfach nicht, auch wenn man dabei so dreinschaut, als wenn man chronische Magenschmerzen hätte.

Eine letzte Bemerkung: Ich sprach vorher so vom Hauch der Geschichte. Da ist ein Pflichtbekenntnis zur europäischen Einheit enthalten mit Angeboten für die Erweiterung der EWG, für Ausdehnung der Zusammenarbeit mit Frankreich in einem unverbrüchlichen Sinne, aber die eigentliche Frage, wie nämlich das Verhältnis europäische Sicherheitskonferenz und europäische Friedensordnung zu einem Ausbau der europäischen Einheit im Westen stehen soll, darüber ist wie immer kein Wort gesagt worden. Hier werden punktuell sektoral nebeneinander zwei schöne Dinge hingenannt. Beim ersten weiß man, daß man es mit dem zweiten kaputt macht, und das zweite verfolgt man nämlich in Wirklichkeit mit dem, was Herr Bahr vorhat. Und ich muß auch sagen, lieber Kurt Georg Kiesinger, heute hat er noch offen zugegeben, daß er im Namen der Bundesregierung am 12. September in Helsinki eine Note mit einem Ja zu dem sowjetisch-finnischen Vorschlag über eine europäische Sicherheitskonferenz übergeben hat.⁴² Ich kann nur sagen, das ist in der Bundesregierung meines Wissens niemals Gegenstand der Unterredung gewesen, ist in keiner Kabinettsitzung jemals

40 Dr. Aegidius von Schoenebeck (1913–1991), Ministerialdirektor; 1949 Eintritt in das Bundesministerium der Finanzen, 1967–23. Oktober 1969 Leiter der Abteilung Z (Organisation und Personalien, Allgemeine Verwaltung).

41 Alex Möller (1903–1985), Redakteur; 1969–1971 Bundesminister der Finanzen (SPD). Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 622 Anm. 42.

42 Zur Antwort der Bundesregierung vom 11. September 1969 auf das finnische Memorandum vom 5. Mai 1969 (Text in *EUROPA-ARCHIV* 13/1969 D 309–310) vgl. AAPD 1969 Dok. 297

behandelt worden, und das vom Außenminister im Namen der Bundesregierung in einer lebenswichtigen Frage übergebene Memorandum ist keinem Mitglied der ehemaligen Bundesregierung mit Ausnahme des Kanzlers, den ich persönlich nicht gefragt habe, jemals überhaupt nur zur Kenntnis gekommen. (*Kiesinger*: Das hat er hinter dem Rücken des Bundeskanzlers gemacht.)

Das hat er hinter dem Rücken des Bundeskanzlers gemacht, ohne sein Wissen und ohne seinen Willen, d. h. daß also hier eine Geheimpolitik mit Hilfe des Herrn Bahr schon damals getrieben worden ist. Und die Ziele dieser Geheimpolitik kennen wir doch. Sie beruhen – ich möchte gar nicht böse werden – auf einer totalen Fehleinschätzung der wirklichen Ziele der sowjetischen Politik, auf einer totalen Fehlanalyse der eigentlichen Verhältnisse innerhalb des Warschauer Paktes, und sie beruhen auf der selbstgebastelten Traumgrundlage, als ob man durch eine solche Politik allmählich eine Auflösung der Blöcke, eine Auflösung der NATO und des Warschauer Paktes, und eine Wiederausammenführung der deutschen Nation erreichen könnte. Und ich empfehle zu sagen, daß hier der Auftrag in der Präambel des Grundgesetzes verletzt worden ist, daß es nämlich unsere Aufgabe ist, die Einheit der Nation wiederherzustellen. Man kann die Einheit der Nation nicht wiederherstellen, indem man ihre Spaltung feierlich anerkennt. Das ist eine schizophrene Logik, die ebenso schizophren ist, wie die Aussage des Herrn Brandt unverbindlich ist bzw. irreführend ist.

Ich habe diese Äußerungen gemacht, meine Damen und Herren, um meine Meinung – die kann natürlich falsch sein, in der Sache glaube ich, sie nicht für sehr falsch halten zu müssen – der Sache wie auch der Form nach zu sagen. Wir müssen auf allen Fronten angreifen, nicht fleghaft angreifen, nicht rüde angreifen, aber wir müssen sie zwingen, ihre wirklichen politischen Absichten auf deutschland- und außenpolitischem Gebiete bis zur letzten Konsequenz auch der Öffentlichkeit darzulegen, wohin sie eigentlich wollen, und ihre Denkvorgänge, ihre Zusammenhänge, ihre Wirkungs- und Ursachenzusammenhänge einmal darzulegen, so wie sie sich hier nämlich abspielen. Und innenpolitisch müssen sie uns sagen, was, welche Methoden und welche Finanzmittel sie für die Erfüllung dieses z. T. widersprüchlichen, z. T. aufgrund der Additionsarithmetik entstandenen Neckermann-Katalogs⁴³ der öffentlichen Zusagen, die wir heute gehört haben, benötigen, wie es damit steht. Wenn wir so Opposition machen, haben wir eine Chance, in den Landtagswahlen der FDP zu Leibe zu rücken, die SPD wieder dahin zu stellen, wohin sie gehört und besser gerüstet in die nächste Auseinandersetzung im Bunde zu gehen, über die wir uns ein anderes Mal noch unterhalten müssen, denn taktisch müssen wir da ansetzen, wo die Gegensätze zwischen SPD und den mühsam gewonnenen MdBs der FDP stecken. Das müssen wir uns noch mal überlegen, dafür ist es heute noch zu früh. Wer heute gesehen hat, wie die FDP Beifall geklatscht hat, der hat schon gemerkt, wo hier die Demarkationslinien liegen. Und

S. 1059 Anm. 15; „Frankfurter Rundschau“ vom 17. September 1969 „Brandt will mit Moskau verhandeln“; AdG 1969 S. 14920).

43 Warenhauskonzern, gegründet von Josef Neckermann (1912–1992). Vgl. Thomas VESZELITS: Die Neckermanns. Licht und Schatten einer Unternehmerfamilie. Frankfurt/Main 2005.

man hat mit einer Fülle von Versprechungen, Pressionsversuchen usw. und auch unter Ausnutzung echter oder unberechtigter Verstimmungen gegen uns eine Reihe von FDP-Abgeordneten für diese Koalition gewonnen, die jetzt schon fragen, was soll das, z. B. Ausdehnung des Betriebsverfassungsgesetzes, was soll das auf diesem oder jenem Gebiete? Und in die Ecke müssen wir immer und immer wieder hineinstoßen. Das schließt aber dann aus, meine sehr verehrten Freunde, daß sich Mehrheiten für diese Koalition bilden können in der Form, daß bei Ausfall von Koalitionsmitgliedern der Ersatz durch die Union gestellt wird. Das muß ausgeschlossen sein. Wenn das einreißt, sei es ein gruppenegoistisches oder ein persönlich-genial-egoistisches Denken, daß einer glaubt, er sei hier zu besonderen Heldentaten gegenüber dieser Koalition verpflichtet, wenn dem so ist, dann sehe ich keine Möglichkeit mehr, die absolute Mehrheit der SPD bei den nächsten Bundestagswahlen, wenn sie genug Zeit haben, ihren Machtapparat auszunutzen und sich zu etablieren, dann noch zu verhindern. An dem Scheideweg stehen wir, und darauf gemeinsam zu achten, ist die Aufgabe der beiden Parteivorstände. Ich danke Ihnen sehr. *(Beifall.)*

Barzel: Meine Damen und Herren! Ich mache es ganz kurz. Ich hatte auch eigentlich nicht die Absicht zu sprechen, sondern nur, weil es gleich 13.00 Uhr ist, wollte ich einen ersten Vorschlag machen. Diese Zusammenkunft beruht auf unserer Anregung, auch meiner ganz persönlichen, weil wir hier eine Möglichkeit schaffen müssen, die deutlich macht, daß der Bundeskanzler Kiesinger unser erster Mann ist. Wir werden sicherlich nicht in geraumer Zeit hier fertig werden; ich möchte daher die Kollegen und Kolleginnen, die nicht zur Fraktion gehören, einladen, an der Fraktionssitzung um 15.00 Uhr sich zu beteiligen, wenn es ihnen genehm ist.

Darf ich ganz wenig sagen, weil ich ja morgen das Vergnügen haben werde zu eröffnen, und wir uns ja ein bißchen abstimmen müssen. Ich werde kein zorniges Wort sagen und kein Wort, das in die Vergangenheit geht, mit Ausnahme dessen, was gesagt werden muß über die Tatsache, daß der falsche Mann auf dem Platz dort steht, auf dem Platz sitzt, den der Kanzler hat. Was den Stil betrifft, so scheint es mir wichtig – und ich mache es so präzise, wie es hier nötig und möglich ist –, daß das, was wir als Opposition tun werden, wir besprochen haben in dieser Fraktion, da gab es ein schriftliches Papier, das haben wir dann auch erörtert und so beschlossen; ich will dem nichts hinzufügen, es ist bekannt genug, auch in der Partei.

Was diese Rede [Brandts] von heute betrifft, so finde ich sie für die Demokratie zunächst eine vertane Chance, denn daß dem Vorgänger nicht gedankt worden ist, ist schäbig. Das, was über die 20 Jahre der Demokratie nicht gesagt worden ist, ist unerhört. Und daß man diesem Parlament wagt zu sagen, man werde Polen ein Angebot machen, aber nicht einmal skizziert, in welcher Richtung dieses besteht, ist eine ganz schreckliche Geschichte. Was die Deutschland- und Ostpolitik betrifft, so, meine Freunde, bin ich der Auffassung, daß der wichtigste Satz der gesamten Regierungserklärung auf der Seite 40 steht, nämlich wo sie sagt, daß man in dieser Erklärung über den gesetzten Rahmen hinaus Festlegungen nicht vorzunehmen dächte. Das ist der wichtigste Satz. Deshalb müssen wir so einsteigen, daß wir versuchen, solche Festlegungen zu erreichen und hier das zu erreichen, was die Fortsetzung der bisherigen

Politik ermöglicht. Wer hier Pflöcke von der bisherigen Gemeinsamkeit ausreißt, muß es sichtbar tun. Das sollen die anderen sein. Den ersten Pflöck haben sie ausgerissen. Sie haben die Kontinuität in der Frage zweier deutscher Staaten verlassen. Hier ist auf die Präambel des Grundgesetzes mit Recht hingewiesen worden. Ich möchte erwähnen, was wir noch am 25. September einstimmig hier im Hause – und ich kenne keine feierlichere Form, sein Wort zu geben, als durch Abstimmung im Bundestag – gesagt haben: „Die Anerkennung des anderen Teiles Deutschlands als Ausland oder als zweiter souveräner Staat deutscher Nation kommt nicht in Betracht.“⁴⁴ Das war am 25. September 1968. Das hat der Wähler im Ohr gehabt. Die andere Frage, wo wir noch Kontinuitäten und Gemeinsamkeiten haben, müssen wir versuchen einzuräumen. Ich werde deshalb morgen möglichst viele gemeinsame Erklärungen und ihre Daten wenigstens zitieren, damit sie im Protokoll stehen und damit wir darauf zurückkommen können.

Eine Frage, meine Freunde, möchte ich hier ganz offen besprechen, weil wir das wissen müssen, wie wir durchkommen. Wir haben die Olympiade in dieser Periode, und wir müssen damit rechnen, daß entweder die Moskauer oder die Pankower vielleicht irgendeine kleine Geste an diese Leute machen. Und es ist natürlich auch berechnet von dieser neuen Regierung, uns mit dieser Formulierung von den zwei Staaten in eine Ecke zu stellen, aus der wir die nächsten vier Jahre nicht mehr herauskommen. Ich habe nicht die Absicht, hier irgend etwas von unserer Position aufzugeben. Und ich habe auch nicht die Absicht, dies in der Grenzfrage zu tun. Aber ich meine, wir müssen für uns eine Aussage finden, die mehr trägt als diese vier Jahre. Und die Aussage hat der Bundeskanzler früher gegeben. Der Bundeskanzler hat ja das Gespräch angeboten. Es hätte ja sein können, daß noch in der letzten Periode wir unterschrieben hätten, daß Sie, Herr Bundeskanzler, sich mit Herrn Stoph⁴⁵ getroffen hätten. Dies war das Angebot, und davon wollen wir ja nicht zurück, können wir auch nicht zurück. Deshalb müssen wir einen zentralen Maßstab aufstellen – so scheint mir –, und der kann nur sein für uns, daß wir die Menschenrechte als Maßstab machen. Wer also kommt und sagt, er bringt die Menschenrechte, dann wollen wir nicht fragen, ob die Tinte grün oder blau oder schwarz, ob das Formular quer- oder geradegestreift ist, dann wollen wir das machen. Wer ohne das kommt, der kann mit anderem nicht rechnen. Und ich meine, es wäre gut, wenn man für diese europäische Sicherheitskonferenz nicht nur davon ausgeht, daß man den Status quo von Staaten her sichern will, sondern daß die deutsche Seite endlich mal den Status menschenwürdigen Lebens überall in Europa zur Basis macht. Dann haben wir, glaube ich, eine Aussage, mit der wir durch all diese Geschichten durchkommen. Das ist das, was wir hier früher entwickelt haben. Ich wollte es nur sagen, damit wir uns hier verstehen.

44 Auszug aus dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD (Umdruck 505) zu der Erklärung der Bundesregierung vom 25. September 1968, verabschiedet in der Bundestags-sitzung am 26. September 1968 (Sten.Ber. 5. WP 186. Sitzung S. 10121 f., hier S. 10122).

45 Willi Stoph (1914–1999), Maurer; 1964–1973 Vorsitzender des Ministerrats der DDR. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 686 Anm. 46. – Zum Briefwechsel vgl. DZD V/1 S. 1115–1117 (Brief Stophs vom 10. Mai 1967) und EBD. S. 1668–1670 (Brief Stophs vom 18. September 1967).

Nächster und letzter Punkt zu dieser Ostpolitik: Das, was die Regierung sagt, ist weniger, als was sie tut. Was sie tut, ist eine Fülle von Vorleistungen an die Sowjetunion. Der Bundeskanzler kennt und er hat darauf verzichtet – aber ich bin nicht so gebunden wie er als früherer Amtsträger – die Gespräche mit der Sowjetunion über Beginn von Entlastungen in Berlin. Wenn Sie das alles angeboten hätten, Herr Bundeskanzler, wäre es ganz anders gegangen mit Moskau. Da ging es um so bescheidene Fragen wie, ob mal ein Ausschuß nicht nach Berlin gehen könne. Was ist der Start dieser Regierung? Kein gesamtdeutscher, sondern ein binnendeutscher Minister; ein Bundesbevollmächtigter, der nicht mehr in Berlin, sondern in Bonn amtiert (früher hätte man das Demontage genannt, Franz Amrehn); die Weigerung der beiden anderen Partner gestern im Ältestenrat, unserer Anregung, im Januar wenigstens eine Ausschuß- und Fraktionswoche in Berlin zu machen, zuzustimmen.⁴⁶ Man hat nicht gewagt, gleich das abzulehnen, man hat gesagt, man müsse das überlegen, aber man hat sehr negative Einwände dagegen gemacht. Und wenn Sie das alles zusammensehen, dann haben Sie hier mehr noch Fakten, die noch schlimmer sind, als dieser eine Satz, der uns alle sicherlich schon stört.

Der dritte Punkt – ich mache das ganz kurz – ist, glaube ich, folgender: Wir müssen der Regierung Leichtfertigkeit auf dem finanziellen Gebiet vorwerfen, denn ich meine, ohne einen Gesamtplan hier vorzuhaben oder erst mal einen auszugeben, zu sagen, der eine kriegt diese Steuer und der andere jene Steuer, wie das so überhaupt auf dem ganzen Gebiet, auch mit der Wehrpflicht, gemacht wird, das wird alles so leichthändig und leichtfertig gemacht. Wir sollten uns auf der anderen Seite nicht gegen irgendeine dieser Sachen wenden, sondern sollten uns berümen, daß diese Opposition nicht mit dem Geldausgeben angefangen hat. Denn wenn wir eine Opposition aus dem Geist wären wie im Jahre 1965 die SPD, die sich weigerte, das Haushaltssicherungsgesetz⁴⁷ zu machen, dann hätten wir doch längst die Überbrückungszahlung für die Kriegsoffer beantragt, die Überbrückungszahlung für die Beamten beantragt und all diese schönen Sachen, die im Gelände sind. Das haben wir nicht getan. Das Ausgeben von Geld ohne Gesamtplan blieb denen vorbehalten, und das sollte man auch, glaube ich, gebührend kritisieren.

Letzter Punkt, meine Freunde: Ich glaube, wir sollten festhalten, nicht nur auf dem finanziellen Gebiet und dem wirtschaftlichen Gebiet – da stimme ich Franz Josef Strauß zu –, sondern insgesamt, daß noch niemals ein Bundeskanzler bei seinem Amtsantritt solche Möglichkeiten hatte, wie dieser jetzt. Das ist wahr. Die Trümmer sind weg. Die Hektik des Wiederaufbaus ist weg. Und wenn man sich umsieht in der Welt, gibt es auch ein paar neue Möglichkeiten. Das sollten wir minutiös festhalten, um daran dann zu messen, was dieser Mann mit seiner Regierung daraus zu machen imstande ist. (*Beifall.*)

46 SPD und FDP sprachen sich gegen gemeinsame Ausschuß-, Fraktions- und Arbeitskreissitzungen in Berlin aus. Vgl. „Die Welt“ vom 28. Oktober 1969 „Erste Kontroverse über Bundestagswoche in Berlin“.

47 „Gesetz zur Sicherung des Haushaltsausgleichs (Haushaltssicherungsgesetz)“ vom 20. Dezember 1965, BGBl. 1965 I S. 2065.

Kiesinger: Meine Damen und Herren! Jetzt erhebt sich die Frage einer Aussprache zu dem, was wir drei hier versucht haben darzustellen. Ich würde vorschlagen, wenn jemand noch einen Beitrag zu leisten hat, der hier vor allem noch nicht artikuliert wurde, wäre es sachdienlich, und Anregungen, die zu der Regierungserklärung zu machen sind von dem einen oder anderen, wären – glaube ich – auch nützlich. Ich würde also vorschlagen – wir haben jetzt 13.00 Uhr, die Fraktionsitzung ist um 15.00 Uhr, doch eine gewisse Spanne für eine Aussprache noch vorsehen. Darf ich um Wortmeldungen bitten.

*Birrenbach*⁴⁸: Herr Vorsitzender! Ich möchte auf drei Punkte ganz kurz hinweisen:

1. Die eindeutige Priorität, die Herr Brandt auch in Gremien, in denen ich zusammen mit ihm vertreten bin, immer wieder der europäischen Friedensordnung vor dem Problem der europäischen Einigung gibt. Das sollten wir sehr stark beachten. Nicht umsonst setzt sich Herr Brandt von der Einbeziehung Schwedens in die europäische Einheit ab. Das bedeutet praktisch die Aufgabe des Zieles, das wir uns immer gesetzt haben, der eigentlichen politischen Einigung Europas.

2. Seine Erklärungen zum europäischen Sicherheitssystem – ich hätte im übrigen noch hinzufügen können zu dem, was Herr Strauß gesagt hat zu der Erklärung, die der Bundesaußenminister auf der Konferenz in Washington der NATO⁴⁹ zusammen mit Herrn Nenni⁵⁰ abgegeben hat, auch die waren nicht eindeutig abgestimmt. Da war er der einzige neben dem Sozialisten Nenni, der dieser Konferenz einen besonderen Vorrang eingeräumt hat. Die Erklärungen zur europäischen Sicherheitskonferenz sind das Dürftigste, was in der ganzen Regierungserklärung steht.

3. Sie wissen, meine Freunde hier in der Fraktion, wie sehr ich verbittert gewesen bin über die gaullistische Politik der letzten Jahre. Aber die Tatsache, wie das Problem Frankreich mit einer Silbe nur angefaßt ist, halte ich für höchst bedenklich.

Amrehn: Meine Herren Vorsitzende! Der Herr Bundeskanzler hat eingangs gesagt, er wolle nicht mehr davon sprechen, daß es sich um eine Verfälschung des Wählerwillens bei der Bildung der Regierung handelt. (*Kiesinger*: Nicht im Bundestag.) Vielleicht benutzt man nicht den Ausdruck. Aber ich glaube, wir können gar nicht darauf verzichten, zum Ausdruck zu bringen, daß hier doch eine Manipulation vorgelegen hat, alle FDP-Stimmen der Linken zuzuschlagen. Wir müssen es einfach auch zum Ausdruck bringen, wenn wir der Werbung Auftrieb geben wollen, von der vorhin die Rede war.

Wir haben von dem Auftrieb gesprochen, Herr Bundeskanzler; ich darf ein weiteres Beispiel erwähnen. Unser neuer Berliner Landesvorsitzender⁵¹ hat in der letzten Wo-

48 Dr. Kurt Birrenbach (1907–1987), Jurist; 1957–1976 MdB (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 844 Anm. 75.

49 Tagung des NATO-Rates am 10./11. April 1969 in Washington. Zum Schlußkommuniqué vgl. BULLETIN Nr. 46 vom 15. April 1969 S. 294 f.

50 Pietro Nenni (1891–1980), italienischer Politiker; 1968/69 Außenminister. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 1384 Anm. 17. Zu den Äußerungen Nennis vgl. EBD.

51 Peter Lorenz (1922–1987), Rechtsanwalt und Notar; 1945 CDU, 1946–1949 und 1953 Vorsitzender der JU Berlin, 1954–1980 MdB, 1969–1981 Vorsitzender des LV Berlin, 1976/77

che in einer Berliner Tageszeitung eine große Anzeige veröffentlicht mit einem Schein, auf dem man sein Interesse für Mitgliedschaft bekunden konnte. Auf diese eine Anzeige sind in Berlin 240 Anmeldungen eingegangen. Das ist ein ganz ungeheures Ergebnis – 240 auf eine Anzeige. Und ich möchte damit verstärkt zum Ausdruck bringen, Herr Bundeskanzler, darin wird doch auch mit einer solchen Anmeldung gesagt, daß man mit den entscheidenden Sätzen dieser Regierungserklärung nicht einverstanden ist. Man kann nicht behaupten, man sei gewählt, um zwei deutsche Staaten zu proklamieren. Das Schreckliche ist ja, daß sich solche Erklärungen eines Kanzlers überhaupt nicht mehr zurückrufen lassen, wenn sie erst einmal ausgesprochen sind. Aber ich frage mich, wie die Kollegen agieren sollen, die morgen in Neu-Delhi sind bei der Interparlamentarischen Union⁵², um den Eintritt der Zone in diesen Bund zu verhindern. Den Auftrag hat mir die Fraktion gegeben, und ich spreche jetzt, weil ich nachher schon weg sein werde. Wie soll man jetzt eigentlich noch argumentieren? Und in diesem Zusammenhang nur noch der eine Satz, der an sich keine Grundlage schafft: Wir erkennen völkerrechtlich nicht an den Nutzen, um unseren Standpunkt zu vertreten, aber wir haben keine Rückendeckung mehr durch die eigene Regierung. Und der sozialdemokratische Kollege hat ja vor wenigen Tagen gesagt, wir sollen es noch einmal tun, aber wir können es auf die Dauer nicht aufhalten. So reisen wir da schon hin.

In diesem Zusammenhang möchte ich wenigstens auf drei Passagen noch aufmerksam machen, die genau bestätigen, was schon gesagt worden ist. Es wird unendlich viel geredet über innere Reformen und solche Geschichten, ein Sammelsurium bereitwilliger Ministerien. Das, was man eigentlich will, findet nur geringen Ausdruck. Und hier möchte ich aufmerksam machen auf Seite 37 oben. Da steht doch: „Unsere gemeinsamen Interessen bedürfen zusätzlicher Versicherungen nicht, noch sich wiederholender Erklärungen. Sie sind tragfähig für eine selbständigere deutsche Politik in einer aktiveren Partnerschaft.“ Sicher ist der Satz mit Herrn Kissinger auch abgestimmt, aber mit der größeren Selbständigkeit wird ja jener Wankelmut angedeutet und jene Schaukelfähigkeit, mit der man künftig also arbeiten will. Dazu gehört auch, daß man zu den Abmachungen bereit sei gegenüber der uns unmittelbar benachbarten Tschechoslowakei, die über die Vergangenheit hinausführen. Damit ist doch undeutlich gesagt, daß man mehr tun will und schon tun wird, bevor das Volk etwas davon erfährt. Letzter Satz hierzu: Man sagt, man werde den Nichtverbreitungsvertrag⁵³ un-

und 1980–1987 MdB, 1982–1987 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundeskanzler und Bevollmächtigter der Bundesregierung in Berlin. – Die Berliner CDU warb in diversen Berliner Tageszeitungen, vgl. „Süddeutsche Zeitung“ vom 25./26. Oktober 1969 „Berliner CDU wirbt verstärkt um neue Mitglieder“. Eine Anzeige mit dem Bild von Peter Lorenz erschien am 22. Oktober 1969 in der „Berliner Morgenpost“.

52 Die 57. IPU-Tagung fand vom 30. Oktober bis 7. November 1969 statt. Zur Bedeutung der deutschen Teilnahme vgl. das Schreiben von Gerhard Jahn an Rainer Barzel vom 2. Oktober 1969 in ACDP 08–001–349/2. Resolutionen als BT-Drs. VI/235, weitere Unterlagen in ACDP 01–294–049/3. – Gerhard Jahn (1927–1998), Rechtsanwalt und Notar; 1969–1974 Bundesminister der Justiz (SPD). Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 704 Anm. 74.

53 Der Vertrag (Treaty On The Non-Proliferation Of Nuclear Weapons) wurde am 1. Juli 1968 von den USA, der Sowjetunion und Großbritannien unterzeichnet und trat am 5. März 1970

terzeichnen, sobald die noch ausstehenden Klärungen herbeigeführt sind. Ob positiv oder negativ, wird in diesem Zusammenhang völlig offengelassen. Man hat eine Antwort bekommen und unterzeichnet dann, weil man die Antwort in jedem Falle positiv interpretiert, obwohl sie so nicht ausgelegt werden darf. Im übrigen meine ich, haben wir ein kleines Stück Parteireform schon vollzogen, indem die Vorstände nach meiner Erinnerung erstmals gemeinsam tagen. Ich finde, das ist ein guter Anfang.

*Blumenfeld*⁵⁴: Ich möchte nur zwei Bemerkungen machen dürfen: Herr Vorsitzender, ich glaube, daß Franz Josef Strauß völlig recht hat, wenn er darauf hinweist, daß gerade diese europäische Sicherheitskonferenz wirklich eine historische Weichenstellung bedeuten würde, wenn wir dem Kurs folgen, der in der Unverbindlichkeit der Aussage der Regierungserklärung liegt. Ohne das nun zu wiederholen, was der Kollege Strauß gesagt hat, so möchte ich also ganz deutlich sagen, daß das in Wirklichkeit die vertragliche Pax sovjetica sein würde, die wir dann haben würden. Deswegen müssen wir in dieser Frage ganz deutlich werden. Ich habe mir erlaubt, in unserem Arbeitskreis V schon vor einigen Tagen dieses Thema als eines der zentralsten anzusprechen⁵⁵, und wir werden ja Gelegenheit haben, nachher noch darüber zu verhandeln, wie und in welcher Form wir das im Bundestag morgen darstellen. Ich möchte nur hierzu hinzufügen dürfen, meine Freunde, daß es der zufälligen Anwesenheit des CDU-Abgeordneten, der hier vor Ihnen im Moment steht, zu verdanken ist, daß im Europarat in Straßburg keine Entschließung in dieser Richtung, wie sie die Sozialisten Europas wollten, formuliert wurde.⁵⁶ Ich habe also damals einen vehementen Einspruch erhoben, und sie ist zurückgezogen worden. (*Kiesinger*: Hinsichtlich welcher Art?) Hinsichtlich der geplanten europäischen Sicherheitskonferenz, und zwar in genau der Richtung, die hier von den deutschen Sozialdemokraten ganz offensichtlich eingespielt wird. Und ich hatte Gelegenheit, neulich in Brüssel bei der NATO-Parlamentarier-Konferenz⁵⁷, mit meinem vorgelegten Bericht immerhin die Mehrheit aller Parlamentarier der Mitgliedsstaaten dahingehend zumindest zu beeinflussen, daß

in Kraft. Er untersagt den Nichtkernwaffenstaaten die atomare Rüstung, sichert ihnen aber gleichzeitig Hilfe bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie zu. Die Bundesrepublik Deutschland trat dem Vertrag am 28. November 1969 bei, die Ratifizierung erfolgte am 5. Februar 1975. – Vertragstext in BULLETIN Nr. 145 vom 29. November 1969 S. 1237–1240. Liste der Unterzeichnerstaaten im Internet: <http://www.fas.org/nuke/control/npt/text/npt3.htm>.

54 Erik Bernhard Blumenfeld (1915–1997), Kaufmann; 1961–1980 MdB (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 45 Anm. 32.

55 Es handelt sich um die Sitzung vom 23. Oktober 1969, von der kein Protokoll existiert. Vgl. dazu auch ACDP 08–001–412/2.

56 Tagung der Beratenden Versammlung des Europarats vom 29. September bis 4. Oktober 1969 in Straßburg, vgl. AdG 1969 S. 15149f. Die Resolution über die Befürwortung einer europäischen Sicherheitskonferenz wurde zurückgestellt, vgl. dpa vom 2. Oktober 1969 „Psychologischer Rückschlag für europäische Entspannungspolitik“.

57 15. Sitzung der NATO-Parlamentarier vom 16. bis 21. Oktober 1969 in Brüssel. Blumenfeld sprach sich für die Einrichtung einer NATO-Eingreiftruppe („NATO-Feuerwehr“) aus, vgl. „Die Welt“ vom 21. Oktober 1969 „NATO-Parlamentarier warnen vor Reduzierung der US-Truppen“.

sie von unseren Argumenten in der Realität und in der pessimistischen Beurteilung einer solchen Sicherheitskonferenz aufgrund der bisher vorliegenden Tatsachen soweit beeindruckt waren, daß sie es ebenfalls nicht zu einer Entschließung haben kommen lassen, sondern unserem Standpunkt gefolgt sind. Was will ich damit sagen? Ich will damit sagen, Herr Vorsitzender, daß die Möglichkeit besteht, eine breite Mehrheit auch in der internationalen Öffentlichkeit für unseren Standpunkt zu gewinnen und daß wir das also sehr deutlich machen sollten.

Zweiter Punkt: Obwohl ich also von der Fraktion dafür gar nicht legitimiert bin zu sprechen, so möchte ich meinen, daß die Erklärung des Herrn Brandt im Hinblick auf den innenpolitischen und gesellschaftspolitischen Teil sehr dürftig gewesen ist. Da das bisher in unserer Diskussion hier heute etwas zu kurz gekommen ist, möchte ich mir die Anregung erlauben, daß darüber noch sehr deutlich gesprochen werden müßte. Es muß uns auch gelingen, die junge Generation ein bißchen von der Glaubwürdigkeit der von uns vertretenen Politik in diesen Bereichen zu überzeugen.

Kiesinger: Wird noch das Wort gewünscht?

*Lemmer*⁵⁸: Ich möchte darauf hinweisen, daß die von mir geführten mitteldeutschen Verbände⁵⁹, die ja jetzt zusammengefaßt sind, auf meinen Rat geschwiegen haben bis zu dieser Stunde, weil wir erst die Regierungserklärung zur Kenntnis nehmen wollten, die ich am Sonntag in einer Woche bei einer großen Tagung⁶⁰ in der Stadthalle Kassel genauso angreifen werde, wie es hier von meinen Vorrednern geschehen ist. Auf dieser überparteilichen Plattform kann ich nun angreifen, nachdem die Regierungserklärung vorliegt. Vorher etwas zu sagen, lehnte ich ab, weil ich es ja schwer habe, mit Rücksicht auf Anwesenheit von Bundestagsabgeordneten der beiden Regierungsfractionen mich durchzusetzen mit meiner kritischen Auffassung an der Regierungserklärung, die ja für die, die mitteldeutsche Politik betreiben, völlig unbefriedigend gewesen ist. Dann darf ich noch zur Kenntnis bringen, weil ich von Bundeskanzler Erhard her einen kulturellen, politischen Sonderauftrag für Berlin hatte, daß ich den selbstverständlich am Tag der Wahl des neuen Bundeskanzlers zurückgegeben habe nach den guten Regeln parlamentarischer Demokratie. Nicht daß der Eindruck entsteht, ich drücke mich etwa und versuche zu spekulieren, diese nette Sache, die mir die Arbeit erleichtert hat, etwa fortsetzen zu wollen. Also, damit hier absolute Klarheit geschaffen worden ist, diese meine Bemerkung.

Kiesinger: Wird sonst noch das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Wir werden ja reichlich Gelegenheit haben, insbesondere Herr Blumenfeld, zu dem innenpoli-

58 Ernst Lemmer (1898–1970), Redakteur; 1950–1969 MdA Berlin (CDU), 1961–1970 Vorsitzender der Exil-CDU. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 84 Anm. 26.

59 Bund der Mitteldeutschen, gegründet 19./20. April 1969 (aufgelöst am 31. Dezember 1993), in Berlin. Mitglieder waren u. a. der Gesamtverband der Sowjetzonenflüchtlinge, die Vereinigten Landsmannschaften Mitteldeutschlands und die Interessengemeinschaft der in der Zone enteigneten Betriebe.

60 Politische Arbeitstagung des Bundes der Mitteldeutschen am 8./9. November 1969 in Kassel (Arbeitsmaterialien in ACDP 01–280–066/5).

Nr. 2: 28. Oktober 1969

tischen Teil der Erklärung Stellung zu nehmen. Deswegen danke ich Ihnen dafür noch einmal, daß Sie gekommen sind, und wir wollen das zu einer guten Tradition machen, daß wir so wie heute in diesem Kreis von Zeit zu Zeit uns hier in Bonn oder in München zusammenfinden. Ich danke Ihnen.